

*Der Koordinierungskreis beantragt, das Plenum möge die von der AG "Flucht und Bleiben" erarbeitete **Position zur Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen als Position des BHFJ beschließen und die angehängte Langfassung zur Kenntnis zu nehmen.***

**Schluss mit der Abschottungspolitik –
globale soziale Gerechtigkeit und universelle Menschenrechte –
Maßstab der Flüchtlingspolitik!**

Position des Bündnisses Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFJ)

Beschlussfassung für das Plenum am 20.1.2017

Wir halten es für selbstverständlich, dass Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und existenzieller Not fliehen, bei uns Aufnahme finden und willkommen geheißen werden. Hilfe für Notleidende darf nicht verhandelbar sein!

Für die Flüchtlingspolitik in diesem Sinne erhielt die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2015 viel Anerkennung, weil sie den humanitären Werten entspricht, die unser Grundgesetz und internationale Vereinbarungen bestimmen.

Wir sind überzeugt davon, dass globale soziale Gerechtigkeit notwendig ist; sie ist Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben und Überleben aller Menschen und Völker. Sie muss Maßstab sein für die Nutzung der begrenzten Bodenschätze und aller Ressourcen unserer Erde.

Nein zur Abschottungspolitik!

Mittlerweile jedoch haben sich die Befürworter einer Abschottungspolitik durchgesetzt. So werden mittels der „Asylpakete“ immer mehr Krisenländer zu sicheren Herkunftsländern erklärt.

Wir lehnen das ab, ebenso wie diejenigen Regelungen des Integrationsgesetzes, die die Rechte der Geflüchteten weiter einschränken, indem der Wohnsitzzwang ausgedehnt, der Anspruch auf Integrationskurse jedoch reduziert wird.

Denn diese Entwicklung beschädigt die Glaubwürdigkeit unseres Landes.

Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen geht es offensichtlich weniger darum, Notleidenden zu helfen, als vielmehr um Abschreckung und Abwehr mit dem Ziel, die Hilfesuchenden von Europa fern zu halten. Flüchtlingspolitik wird nun als Rückstapolitik betrieben, um die Zahl der Ankommenden massiv zu senken. Sie werden abgeschoben oder an den Grenzen abgewiesen und so erneut Willkür und Gewalt ausgeliefert. Das ist moralisch und völkerrechtlich abzulehnen und steht im Gegensatz zum Gebot der Menschlichkeit.

Die Politik der Bundesregierung ist so mitverantwortlich dafür, dass die EU insgesamt mit ihrer Flüchtlingspolitik als Wertegemeinschaft versagt.

Ursachen der Flucht bekämpfen, nicht Flüchtlinge!

Nicht die einzige, aber eine wesentliche Ursache der Not in den Herkunftsländern der Flüchtlinge liegt in der Kolonialisierung und in der zum Teil jahrhundertelangen ökonomischen Ausbeutung. Das bis heute bestehende wirtschaftliche und politische Ungleichgewicht hat dazu beigetragen, uns auf Kosten ehemaliger Kolonien reich zu machen – die Geringschätzung nicht-europäischer

Menschen und Kulturen ist bei uns noch längst nicht überwunden.

EU und Bundesregierung drängen afrikanische und asiatische Diktatoren, Menschen an der Flucht aus ihrem Land zu hindern, während sie selbst durch ihre Wirtschaftspolitik maßgeblich dazu beitragen, Arbeitslosigkeit und Armut, wesentliche Fluchtursachen in diesen Ländern zu verstärken. Für ihr Einwirken auf die Diktatoren missbraucht sie im Bundeshaushalt für die Entwicklungszusammenarbeit ausgewiesene Gelder.

Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf, ihre Politik darauf abzustellen, dass:

- Handelsabkommen rückgängig gemacht werden, mit denen sie sich einseitig zulasten des jeweiligen afrikanischen Partners den Zugriff auf wichtige Rohstoffe gesichert haben;
- ihre z.T. hoch subventionierten Produkte die Binnenmärkte Afrikas nicht gefährden;
- die Gewinne aus der Ausfuhr von Rohstoffen nicht ausschließlich an internationale Konzerne und afrikanische Oligarchen fließen;
- die Bevölkerung der Partnerländer von den Handelsabkommen durch den Ausbau der Infrastruktur, des Gesundheits- und des Bildungswesens profitiert;
- Rüstungsexport und Produktion von Rüstungsgütern gestoppt werden.

Wir lehnen die militärischen Interventionen von Nato-Ländern und ihren Bündnispartnern in asiatischen und afrikanischen Ländern ab. Sie verursachen oder verstärken massiv die Fluchtbewegungen, z.B. in Afghanistan, Irak und Syrien.

Flüchtlingsfeindlichkeit beim Namen nennen!

Der überheblichen und in Teilen rücksichtslosen Flüchtlingspolitik, wie sie in den Regelungen von Dublin zum Ausdruck kommt, entspricht eine Umdeutung von Begriffen:

Es wird nicht mehr von Flüchtlingen gesprochen, sondern viel von „illegaler Migration“; die Zurückweisung von Menschen in Not wird als „Grenzschutz“ bezeichnet; militärisches Gerät zur Überwachung und Abwehr von Flüchtlingen heißt „Sicherheitstechnik“; unter dem Vorwand, „Schleuserkriminalität“ zu bekämpfen, werden in Wahrheit die Flüchtlinge selbst zurückgekämpft. Die schleichende Begriffsveränderung, an der auch manche Medien beteiligt sind, trägt dazu bei, Flüchtlingsfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Minderheiten zu verharmlosen.

Hamburg bleibt weltoffen!

Die von Hamburger Senat und Bürgerschaft praktizierte Flüchtlingspolitik entspricht der Linie der Bundesregierung: Die Bemühungen um Aufenthaltsbeendigung werden verstärkt, eine Abschiebung nach Afghanistan hat bereits stattgefunden, Hamburg richtet als erstes Bundesland einen „Ausreisegewahrsam“ an seinem Flughafen ein. Wir verurteilen diese Politik und fordern von Senat und Bürgerschaft flüchtlingsfreundliche Entscheidungen.

So fordert das BHFJ weiterhin vom Hamburger Senat und der Bundesregierung, 1.000 Flüchtlinge aus Griechenland in Hamburg aufzunehmen. Das entspricht nur der Umsetzung der Verpflichtung aus dem EU-Relocation-Programm von 2015!

Das BHFJ trägt dazu bei, eine möglichst breite Akzeptanz von Aufnahme und Integration in unserer Stadt zu schaffen. Die durch Migration verstärkte Vielfalt in Hamburg ist eine Bereicherung für unsere Stadt, die sich einer jahrhundertelangen Weltoffenheit rühmen kann.